

Bildungsmaßnahmen zur Integration der Flüchtlinge – Was die Deutschen befürworten

35

Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Franziska Kugler und Katharina Werner*

Mit dem Abebben der jüngsten Flüchtlingswelle verschiebt sich der Fokus der Diskussion von Fragen der unmittelbaren Versorgung hin zur Integration der Flüchtlinge. Damit sind Fragen des Bildungsstandes, der sprachlichen und beruflichen Qualifikationen und möglicher bildungspolitischer Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge in den Vordergrund gerückt. Um zu sehen, wie die Deutschen darüber denken, haben wir in der repräsentativen Befragung des ifo Bildungsbarometers 2016 eine Reihe von Fragen zur Bildungssituation der Flüchtlinge gestellt. Es zeigt sich, dass drei Viertel der Deutschen den durchschnittlichen Bildungsstand der Flüchtlinge als niedrig einschätzen. Dementsprechend glaubt die Mehrheit auch nicht, dass die Flüchtlinge dabei helfen, den Fachkräftemangel der deutschen Wirtschaft zu verringern. Bei möglichen bildungspolitischen Maßnahmen für erwachsene Flüchtlinge finden sich Mehrheiten für staatlich finanzierte verpflichtende Sprachkurse, eine Ausweitung der Schulpflicht bis 21 Jahre und ein zweijähriges Bleiberecht nach Abschluss einer Ausbildung. Keine absolute Mehrheit gibt es für oder gegen eine staatliche Übernahme von Ausbildungskosten der Betriebe und einen Ausbau verkürzter Ausbildungsberufe für Flüchtlinge. Die staatlichen Bildungsausgaben pro Flüchtling sollten nach Ansicht der Mehrheit eher unverändert bleiben. Bei möglichen bildungspolitischen Maßnahmen für Flüchtlingskinder finden sich deutliche Mehrheiten für eine möglichst gleichmäßige regionale Verteilung auf die Schulen, für zusätzliche Bundesmittel für SozialarbeiterInnen, SprachlehrerInnen und PsychologInnen an Schulen und für eine steuerlich finanzierte Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder ab drei Jahren. Bei der Frage, ob Flüchtlingskinder zunächst länger in getrennten Förderklassen unterrichtet oder schnell in existierende Schulklassen integriert werden sollten, ergibt sich kein eindeutiges Bild.

Deutschland hat in den vergangenen Jahren einen massiven Zustrom von Flüchtlingen erlebt. Allein im Jahr 2015 sind laut Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge knapp 1,1 Mio. Flüchtlinge nach Deutschland gekommen.¹ Die Flüchtlingspolitik ist seit Beginn der jüngsten Flüchtlingskrise ein Hauptthema in den deutschen Medien und wird in der politischen sowie der gesellschaftlichen Debatte kontrovers diskutiert. Nachdem der Flüchtlingszustrom in den vergangenen Monaten nachge-

lassen hat (vgl. Bundesministerium der Innern 2016b), fokussiert sich die öffentliche Diskussion jetzt vor allem auf die Frage, wie bereits angekommene Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integriert werden können. Da es für einen Großteil der Flüchtlinge kurzfristig kaum möglich sein wird, in ihre Heimat zurückzukehren, hat die Beantwortung dieser Frage oberste Priorität.

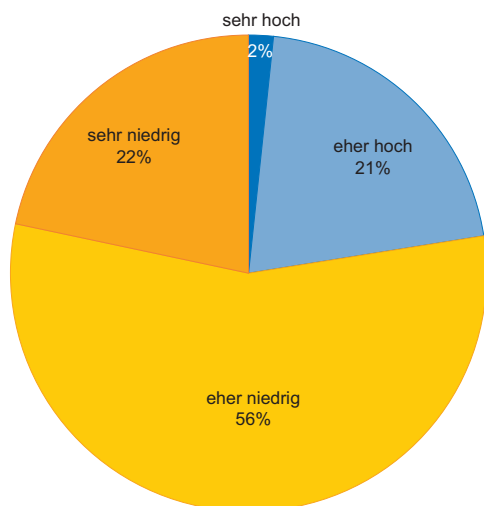
Zur Verbesserung der Integration der Flüchtlinge hat die Bundesregierung im Juli 2016 ein Integrationsgesetz verabschiedet, das im August 2016 in Kraft getreten ist. Es beinhaltet sowohl Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge, etwa in Form von erleichtertem Arbeitsmarktzugang für AsylbewerberInnen und Geduldete, als auch Sanktionsmöglichkeiten bei fehlendem Integrationswillen, etwa Leistungskürzungen für Flüchtlinge, die Integrationskursen wiederholt fernbleiben (vgl. Bundesregierung 2016). Da Spracherwerb und berufliche Qualifizierung von MigrantInnen entscheidend für deren Integration am Arbeitsmarkt – und somit auch in die Gesellschaft – sind (vgl. Wößmann 2016),

* Der Artikel ist im Rahmen des im ifo Zentrum für Bildungsökonomik bearbeiteten Projekts »Die politische Ökonomie der Bildungspolitik: Erkenntnisse aus einer Meinungsumfrage« entstanden. Wir danken der Leibniz-Gemeinschaft für die finanzielle Unterstützung im Leibniz-Wettbewerb (SAW-2014-ifo-2), Guido Schwerdt für die Unterstützung von Antrag und Projekt, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des Projekts – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Kerstin Martens, Beatrice Rammstedt und Stefan Wolter –, Natalja Menold und den KollegInnen im ifo Zentrum für Bildungsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen sowie Sabine Geiss von TNS Infratest für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

¹ Registrierte Zugänge von Asylsuchenden im System der Erstverteilung von Asylbegehrenden (EASY); vgl. Bundesministerium des Innern (2016a).

Abb. 1**Wie schätzen die Deutschen den Bildungsstand der Flüchtlinge ein?**

Flüchtlinge werden überwiegend als eher niedrig gebildet eingeschätzt

**Frage:**

Wie schätzen Sie den Bildungsstand ein, den die Flüchtlinge mitbringen?
Der durchschnittliche Bildungsstand der Flüchtlinge ist...

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

erhofft man sich durch das Integrationsgesetz wichtige Akzente für eine gelingende Integrationspolitik.

Der vorliegende Beitrag untersucht die öffentliche Meinung der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen bildungspolitischen Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge. Dazu wurden im ifo Bildungsbarometer 2016, einer repräsentativen Meinungsumfrage der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland, über 4 000 Personen zu Themen der Flüchtlingsintegration durch Bildung befragt.² Die Befragung wurde von Ende April bis Anfang Juni 2016 durchgeführt und thematisiert sowohl Maßnahmen, die mittlerweile im Rahmen des Integrationsgesetzes eingeführt worden sind, als auch Reformvorschläge, die nicht in das Integrationsgesetz eingeflossen sind. Eine methodische Besonderheit der Befragung besteht darin, dass bei einigen Fragen jeweils einem zufällig ausgewählten Teil der Befragten bestimmte Informationen zur Verfügung gestellt wurden, bevor sie dieselbe Frage beantworteten wie der andere Teil der Befragten, der diese Informationen nicht erhalten hat. Durch diese Methodik lässt sich untersuchen, welchen Einfluss die bereitgestellten Informationen auf das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung haben.

Die Befragung stellt dar, wie das Meinungsbild in der deutschen Bevölkerung zu bildungspolitischen Reformvorschlä-

² Das ifo Bildungsbarometer 2016 behandelt darüber hinaus bildungspolitische Themenbereiche, die nicht in direktem Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen stehen. Für Details zur Methodik der Befragung und einen Überblick über die übrigen Ergebnisse vgl. Wößmann et al. (2016).

gen zur Integration von Flüchtlingen ist. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Mehrheitsverhältnissen bei Arbeitsmarkt- und Bildungsreformen zur Flüchtlingsintegration. Dabei werden neben den Maßnahmen zur Integration von erwachsenen Flüchtlingen auch Bildungsmaßnahmen für Flüchtlingskinder thematisiert. Letztere sind für die langfristigen Integrationsaussichten besonders wichtig, weil frühes Lernen den Grundstein für spätere Qualifikation und damit für Integrationschancen am Arbeitsmarkt legt. Es ist wichtig zu beachten, dass die berichteten Ergebnisse lediglich das Meinungsbild der Bevölkerung aufzeigen. Sie lassen keine Schlüsse darüber zu, ob die jeweiligen Maßnahmen aus wissenschaftlicher oder politischer Sicht begrüßenswert oder erfolgversprechend wären.

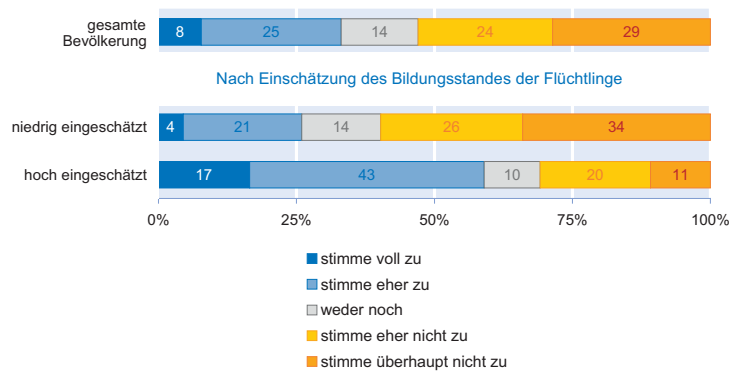
Einschätzung des Bildungsstandes der Flüchtlinge

Informationen über das Bildungsniveau der ankommenden Flüchtlinge stellen eine wichtige Voraussetzung für die Planung von politischen Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge dar. Während es dazu aktuell keine belastbaren Zahlen gibt, schätzt die Mehrheit der Deutschen das Bildungsniveau der Flüchtlinge eher niedrig ein: 78% denken, das Bildungsniveau ist (sehr oder eher) niedrig, nur 22% sind der Meinung, dass es (sehr oder eher) hoch ist (vgl. Abb. 1). Diese Einschätzung hängt stark vom Bildungsabschluss der Befragten selbst ab: 82% der Personen, deren höchster Bildungsabschluss ein Hauptschulabschluss ist bzw. die keinen Bildungsabschluss erworben haben, schätzen das Bildungsniveau der Flüchtlinge niedrig ein. Dieser Anteil ist unter Personen mit Realschulabschluss oder Abitur mit 77% bzw. 73% signifikant kleiner. Die Einschätzung der Befragten, dass das Bildungsniveau der Flüchtlinge eher niedrig ist, deckt sich mit den bisherigen empirischen Befunden aus verschiedenen Quellen, die im Durchschnitt eher auf ein geringes Bildungsniveau der Flüchtlinge hindeuten (vgl. Wößmann 2016).

Entsprechend skeptisch sind die Befragten auch, ob die Flüchtlinge zur Verringerung des Fachkräftemangels beitragen werden. Der Aussage, dass die Flüchtlinge dabei helfen, den Fachkräftemangel der deutschen Wirtschaft zu verringern, stimmen nur 33% (voll oder eher) zu, eine Mehrheit von 53% stimmt hingegen (eher oder überhaupt) nicht zu (vgl. Abb. 2). Diese Einschätzung hängt allerdings stark mit der Einschätzung des Bildungsstandes der Flüchtlinge zusammen: Unter denjenigen Befragten, die den Bildungsstand der Flüchtlinge als hoch einschätzen, ist eine Mehrheit (59%) der Meinung, dass die Flüchtlinge den Fachkräftemangel verringern können. Unter denjenigen Befragten, die den Bildungsstand der Flüchtlinge als niedrig einschätzen, sind es hingegen nur 26%.

Abb. 2

Können die Flüchtlinge den Fachkräftemangel verringern?
 Bevölkerung ist eher skeptisch, besonders wenn Flüchtlinge als niedrig gebildet eingeschätzt werden



Frage (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu: Die Flüchtlinge helfen dabei, den Fachkräftemangel der deutschen Wirtschaft zu verringern.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

Bildungspolitische Maßnahmen zur Integration erwachsener Flüchtlinge

Die Finanzierung der Integration der Flüchtlinge ist eines der bestimmenden Themen der öffentlichen Debatte. In Bezug auf die staatlichen Bildungsausgaben für Flüchtlinge ist ein großer Teil der Deutschen mit der derzeitigen Ausgabenhöhe zufrieden: 49% der Befragten sind der Meinung, dass die staatlichen Bildungsausgaben pro Flüchtling in etwa unverändert bleiben sollen (vgl. Abb. 3). Hingegen sprechen sich nur 25% für eine Erhöhung und 26% für eine Senkung dieser Ausgaben aus.

In Deutschland wurden 69% aller Asylanträge im Jahr 2015 von Personen über 18 Jahren gestellt. Unter den volljährigen AsylbewerberInnen ist die Mehrheit von 58% zwischen 18 und 30 Jahren alt (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016). Da diese jungen Erwachsenen ihre bisherige Bildungslaufbahn in ihren Heimatländern durchlaufen und zum Teil mehrere Jahre auf der Flucht verbracht haben, gleichzeitig aber möglicherweise noch ein langes Erwerbsleben vor sich haben, stellt ihre Integration in den deutschen Arbeitsmarkt eine große Herausforderung dar. Im Folgenden präsentieren wir die öffentliche Meinung zu verschiedenen bildungspolitischen Reformvorschlägen, die auf eine verbesserte Integration von erwachsenen Flüchtlingen abzielen.

Die Forschung zeigt, dass erfolgreiche Arbeitsmarktintegration wesentlich vom Erwerb der Landessprache abhängt (vgl. etwa Dustmann und Glitz 2011; Ruhose 2013; Chiswick und Miller 2015). Im Einklang mit dieser Erkenntnis ist im Zuge des Integrationsgesetzes vorgesehen, das Angebot an Integrations- und Sprachkursen deutlich zu erhöhen. Gleichzeitig sollen jenen Flüchtlingen, die diese Kurse nicht

besuchen oder abbrechen, staatliche Leistungen gekürzt werden. Dieser Vorstoß scheint den Präferenzen einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu entsprechen: 75% der Befragten sind (sehr oder eher) dafür, dass alle Flüchtlinge das Recht und die Pflicht haben, einen Sprachkurs in Deutsch zu besuchen, dessen Kosten der Staat übernimmt, 45% sind sogar sehr dafür (vgl. Abb. 3).

In Deutschland endet die Schulpflicht in der Regel nach zwölf Schuljahren, also im Alter von 18 Jahren. Zur besseren Qualifikation der jugendlichen und jungen erwachsenen Flüchtlinge ist der Reformvorschlag unterbreitet worden, für alle jungen Erwachsenen (auch Flüchtlinge), die weder einen berufsqualifizierenden Abschluss noch einen Arbeitsplatz haben, die Schulpflicht (zum Beispiel an der Berufs- oder Hochschule) bis

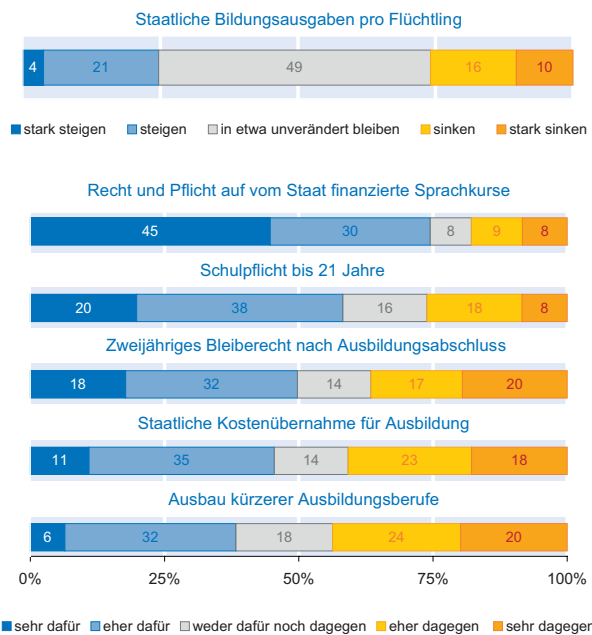
zum Alter von 21 Jahren auszuweiten (vgl. etwa Aktionsrat Bildung 2016). Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet eine solche Ausweitung der Schulpflicht bis 21 Jahre: 58% sind dafür, 26% sind dagegen (vgl. Abb. 3).

Ein zentraler Bestandteil des Integrationsgesetzes ist die Erhöhung der Rechtssicherheit bei der Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge. Mit der neuen Regelung werden Flüchtlinge für die Gesamtdauer ihrer Ausbildung geduldet und erhalten bei anschließender ausbildungsadäquater Beschäftigung ein Aufenthaltsrecht von zwei Jahren. Diese Neuregelung wird von der deutschen Bevölkerung mehrheitlich unterstützt: 50% der Befragten sind dafür, dass Flüchtlinge, die einen Ausbildungsplatz haben, noch für mindestens zwei Jahre nach Ausbildungsabschluss in Deutschland bleiben dürfen, auch wenn ihr Asylverfahren in der Zwischenzeit abgelehnt wurde, eine Minderheit von 37% ist dagegen (vgl. Abb. 3).

Da viele Flüchtlinge ihre Ausbildung nicht abschließen, könnten Unternehmen zögern, Flüchtlinge als Auszubildende einzustellen. Ein weiterer Reformvorschlag zielt daher darauf ab, Anreize für Unternehmen zu setzen, um mehr Flüchtlinge in Ausbildung zu bringen. So könnte der Staat einen Teil der Ausbildungskosten der Betriebe übernehmen, die Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz anbieten. Die Meinung der Deutschen zu dieser Initiative ist gespalten: 45% sind dafür, dass der Staat einen Teil der Ausbildungskosten der Betriebe übernimmt, die Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz anbieten, 41% sind dagegen, die restlichen 14% sind unentschieden (vgl. Abb. 3).

Die duale Berufsausbildung dauert in Deutschland in der Regel drei Jahre. In der Schweiz wurden in der Vergangenheit zusätzlich zweijährige Berufsausbildungen eingeführt, um die

Abb. 3
Welchen Maßnahmen zur Integration erwachsener Flüchtlinge stimmen die Deutschen zu?
 Mehrheit für Sprachkurse und Schulpflicht bis 21, kein klares Bild bei höheren Bildungsausgaben und Reformen zur Berufsausbildung



■ sehr dafür ■ eher dafür ■ weder dafür noch dagegen ■ eher dagegen ■ sehr dagegen

Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Staatliche Bildungsausgaben pro Flüchtling Sollten die staatlichen Bildungsausgaben pro Flüchtling Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Recht und Pflicht auf vom Staat finanzierte Sprachkurse Sind Sie dafür oder dagegen, dass alle Flüchtlinge das Recht und die Pflicht haben, einen Sprachkurs in Deutsch zu besuchen, wobei der Staat die Kosten übernimmt?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Schulpflicht bis 21 Jahre Sind Sie dafür oder dagegen, dass für alle jungen Erwachsenen (auch Flüchtlinge), die weder einen berufsqualifizierenden Abschluss noch einen Arbeitsplatz haben, die Schulpflicht (zum Beispiel an der Berufs- oder Hochschule) bis zum Alter von 21 Jahren ausgeweitet wird?

Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Zweijähriges Bleiberecht nach Ausbildungsabschluss Sind Sie dafür oder dagegen, dass Flüchtlinge, die einen Ausbildungsplatz haben, noch für mindestens zwei Jahre nach Ausbildungsabschluss in Deutschland bleiben dürfen, auch wenn ihr Asylverfahren in der Zwischenzeit abgelehnt wurde?

Frage 5 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):^{a)}
Staatliche Kostenübernahme für Ausbildung Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Staat einen Teil der Ausbildungskosten der Betriebe übernimmt, die Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz anbieten?

Frage 6 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Ausbau kürzerer Ausbildungsberufe In Deutschland dauert die Berufsausbildung in der Regel drei Jahre. Sind Sie dafür oder dagegen, zusätzlich das Angebot an weniger anspruchsvollen ein- bis zweijährigen Ausbildungsberufen auszubauen, um Ausbildungsaussichten und zügigen Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge zu verbessern?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis gestellt, dass Betriebe zögern könnten, Flüchtlinge als Auszubildende einzustellen, da viele Flüchtlinge ihre Ausbildung abbrechen oder vorzeitig das Land verlassen. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne den Hinweis unterscheidet, wurden die Ergebnisse hier nicht dargestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

Berufsaussichten für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten zu verbessern. Dem Vorschlag, in Deutschland das Angebot derartiger verkürzter Ausbildungsberufe zu erweitern, um die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge

zu verbessern (vgl. etwa Aktionsrat Bildung 2016), steht die deutsche Bevölkerung ebenfalls gespalten gegenüber. 38% sprechen sich dafür aus, das Angebot an weniger anspruchsvollen ein- bis zweijährigen Ausbildungsberufen auszubauen, um Ausbildungsaussichten und zügigen Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge zu verbessern, 44% sind dagegen, die restlichen 18% sind unentschieden (vgl. Abb. 3).

Insgesamt ergibt sich in Bezug auf die Reformvorschläge zur Integration von erwachsenen Flüchtlingen also ein gemischtes Meinungsbild. Während sich eine absolute Mehrheit der Befragten für verpflichtende staatlich finanzierte Sprachkurse und eine Ausweitung der Schulpflicht ausspricht und eine relative Mehrheit für ein zweijähriges Bleiberecht nach Ausbildungsabschluss sowie eine staatliche Übernahme von Ausbildungskosten, ist eine relative Mehrheit gegen den Ausbau verkürzter Ausbildungen. Interessant ist, dass große Teile der Bevölkerung (die zwischen Ende April und Anfang Juni 2016 befragt wurden) einige der Maßnahmen befürworten, die im Integrationsgesetz (das im Juli 2016 verabschiedet wurde) verankert wurden.

Bildungspolitische Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingskindern

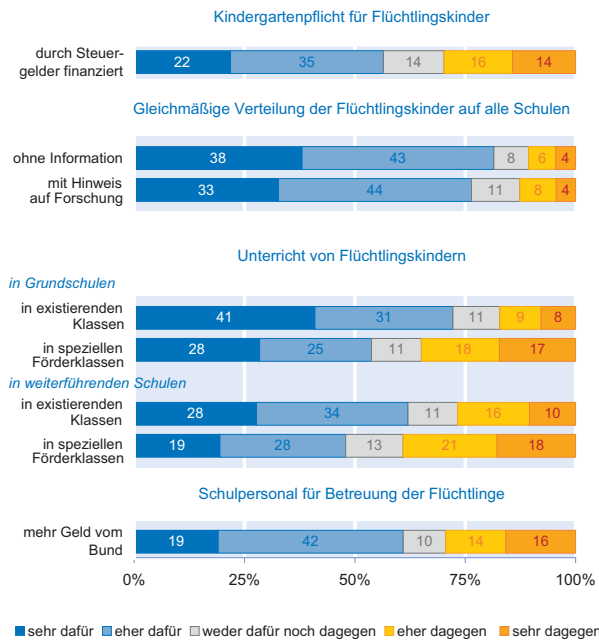
Neben den Maßnahmen für erwachsene Flüchtlinge ist auch die Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Bei den Kindern besteht die größte Hoffnung zur Integration durch Bildung, da man bei ihnen mit früher Förderung die Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen späteren Bildungsweg schaffen kann. Dabei haben vor allem Kinder eine gute Chance, schnell die Sprache zu erlernen, wenn sie Kontakt mit deutschsprachigen Kindern haben (vgl. etwa Ruberg 2013).

Im Rahmen des ifo Bildungsbarometers haben wir zunächst gefragt, ob für Flüchtlingskinder ab einem Alter von drei Jahren eine Kindergartenpflicht bestehen sollte, wobei die Gebühren vom Staat durch Steuergelder übernommen werden. Die Mehrheit der Bevölkerung (56%) spricht sich für eine solche Regelung aus, knapp ein Drittel (30%) ist dagegen (vgl. Abb. 4). Die Antworten unterscheiden sich nicht statistisch relevant in einer Teilgruppe der Befragten, die zusätzlich darauf hingewiesen wurden, dass Kinder am schnellsten eine neue Sprache und Kultur erlernen, wenn sie im täglichen Kontakt mit muttersprachlichen Kindern sind.

Ab dem Grundschulalter sind Flüchtlingskinder in den meisten Fällen bereits einige Monate nach ihrer Ankunft in Deutschland schulpflichtig. Dabei stellt sich die Frage, wie die Integration der Flüchtlingskinder in den Schulunterricht gestaltet werden sollte. Eine erste Frage ist hierbei die regionale Verteilung auf verschiedene Schulen (vgl. etwa Aktionsrat Bildung 2016). Bei diesem Thema sprechen sich 81%

Abb. 4

Wie sollen Flüchtlingskinder gefördert werden?
 Klare Zustimmung für Kindergartenpflicht, gleichmäßige Verteilung auf Schulen und zusätzliches Schulpersonal



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):^{a)} Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder – durch Steuergelder finanziert Sind Sie für oder gegen eine Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder ab einem Alter von drei Jahren, wenn die Gebühren vom Staat durch Steuergelder übernommen werden?

Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Gleichmäßige Verteilung der Flüchtlingskinder auf alle Schulen – ohne Information [mit Hinweis auf Forschung] [Studien zeigen, dass es sich nicht negativ auf den Schulerfolg von einheimischen Kindern auswirkt, wenn nur einige wenige Kinder mit Migrationshintergrund in ihre Schulklasse kommen.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Flüchtlingsfamilien regional so verteilt werden, dass sich die Flüchtlingskinder möglichst gleichmäßig auf alle Schulen in Deutschland verteilen?

Frage 3 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Unterricht von Flüchtlingskindern – [in existierenden Klassen] [in speziellen Förderklassen] Manche sagen, dass Flüchtlingskinder sehr schnell in die existierenden Schulklassen integriert werden sollten (begleitet von Sprach- und Unterstützungsmaßnahmen), um Sprache und Kultur schnell kennenzulernen. Andere sagen, dass Flüchtlingskinder zunächst längere Zeit getrennt in speziellen Förderklassen unterrichtet werden sollten, um sie auf den Regelunterricht vorzubereiten. [Sind Sie dafür oder dagegen, Flüchtlingskinder sehr schnell in die existierenden Schulklassen zu integrieren?] [Sind Sie dafür oder dagegen, Flüchtlingskinder zunächst längere Zeit getrennt in speziellen Förderklassen zu unterrichten?]

Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Schulpersonal für Betreuung der Flüchtlinge – mehr Geld vom Bund Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Bund den Schulen mehr Geld zur Verfügung stellt, um Sozialarbeiter/innen, Sprachlehrer/innen und Psychologinnen/Psychologen für die Betreuung der Flüchtlinge zu bezahlen?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis gestellt, dass die Forschung zeigt, dass Kinder am schnellsten eine neue Sprache und Kultur erlernen, wenn sie im täglichen Kontakt mit muttersprachlichen Kindern sind. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne den Hinweis unterscheidet, wurden die Ergebnisse hier nicht dargestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

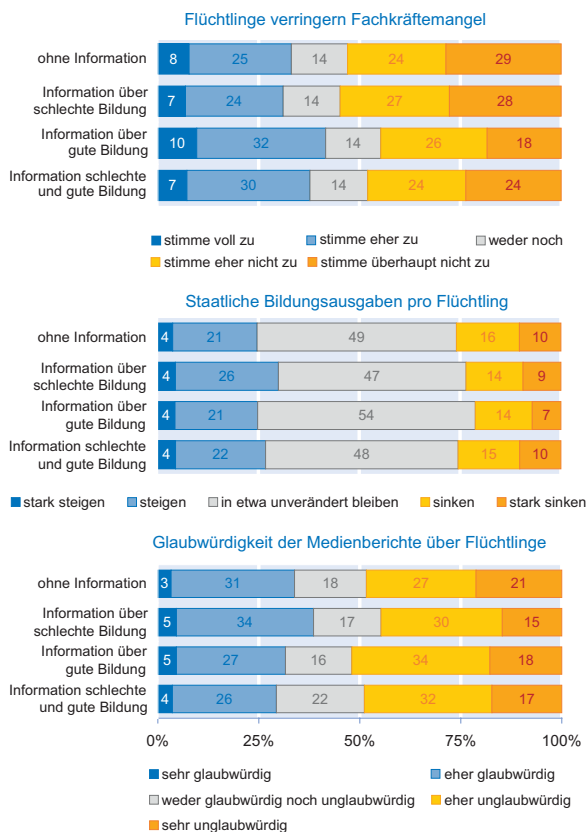
der Befragten dafür aus, dass Flüchtlingsfamilien regional so verteilt werden, dass sich die Flüchtlingskinder möglichst gleichmäßig auf alle Schulen in Deutschland verteilen (vgl. Abb. 4). Eine Teilgruppe der Befragten erhielt zudem den

Hinweis, dass Studien zeigen, dass es sich nicht negativ auf den Schulerfolg von einheimischen Kindern auswirkt, wenn nur einige wenige Kinder mit Migrationshintergrund in ihre Schulklasse kommen (vgl. Jensen 2015). Mit dieser Information sinkt die Zustimmung zu einer gleichmäßigen regionalen Verteilung auf hohem Niveau überraschenderweise leicht um 5 Prozentpunkte, größtenteils zugunsten eines höheren Anteils an Befragten, die angeben, weder dafür noch dagegen zu sein.

Auch innerhalb einer Schule gibt es verschiedene Vorschläge, wie Neuankömmlinge unter den Flüchtlingskindern am besten in den Schulalltag integriert werden können (vgl. etwa Aktionsrat Bildung 2016). So haben einige Schulen, zum Teil aus praktischen Gründen, sogenannte »Willkommensklassen« eingeführt, die die Flüchtlingskinder zunächst getrennt von den anderen SchülerInnen auf den Unterricht vorbereiten. Andere Schulen integrieren die Flüchtlingskinder hingegen direkt in bestehende Schulklassen. Um die Meinung der Bevölkerung zu diesem Thema zu erfahren, haben wir die Befragten zunächst mit folgender Abwägung auf die Frage vorbereitet: »Manche sagen, dass Flüchtlingskinder sehr schnell in die existierenden Schulklassen integriert werden sollten (begleitet von Sprach- und Unterstützungsmaßnahmen), um Sprache und Kultur schnell kennenzulernen. Andere sagen, dass Flüchtlingskinder zunächst längere Zeit getrennt in speziellen Förderklassen unterrichtet werden sollten, um sie auf den Regelunterricht vorzubereiten.«

Vor diesem Hintergrund haben wir eine erste Teilgruppe gefragt, ob sie dafür oder dagegen sind, Flüchtlingskinder sehr schnell in die existierenden Schulklassen zu integrieren. In dieser Teilgruppe spricht sich die Mehrheit der Befragten sowohl bei Flüchtlingskindern im Grundschulalter (72%) als auch bei Flüchtlingskindern an weiterführenden Schulen (62%) für eine schnelle Integration in existierende Klassen aus, dagegen ist lediglich eine Minderheit (17% bzw. 27%; vgl. Abb. 4). Eine zweite Teilgruppe haben wir nach derselben Einführung gefragt, ob sie dafür oder dagegen sind, Flüchtlingskinder zunächst längere Zeit getrennt in speziellen Förderklassen zu unterrichten. In dieser Teilgruppe spricht sich die Mehrheit der Befragten sowohl im Grundschulalter (54%) als auch an weiterführenden Schulen (48%) für längeren Unterricht in speziellen Förderklassen aus, dagegen ist lediglich eine Minderheit (35% bzw. 39%; vgl. Abb. 4). Diese Ergebnisse zeigen, dass die Befragten eine leichte Präferenz für die schnelle Integration in die existierenden Schulklassen haben, besonders für Kinder im jüngeren Alter. Allerdings deuten sie auch darauf hin, dass die beiden Vorgehensweisen nicht als sich gegenseitig ausschließend verstanden werden und dass viele Befragte bei dieser Fragestellung möglicherweise keine starke Präferenz haben. Die Tatsache, dass die Zustimmung zu einer schnellen Integration deutlich höher ist als die Ablehnung von speziellen För-

Abb. 5
Wie beeinflusst die Medienberichterstattung die Meinung der Deutschen?
 Meinungen hängen davon ab, ob Medien über schlechten oder guten Bildungsstand der Flüchtlinge berichten



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Flüchtlinge verringern Fachkräftemangel – ohne Information Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu: Die Flüchtlinge helfen dabei, den Fachkräftemangel der deutschen Wirtschaft zu verringern.

Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Staatliche Bildungsausgaben pro Flüchtling – ohne Information Sollten die staatlichen Bildungsausgaben pro Flüchtling Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Frage 3:^{a)} Glaubwürdigkeit der Medienberichte über Flüchtlinge Für wie glaubwürdig halten Sie Medienberichte über Flüchtlinge?

Fragen 1–2: In jeweils drei weiteren zufällig gewählten Teilgruppen wurde die Frage »ohne Information« um folgende Hinweise ergänzt. Die Befragten verblieben für diese zwei Fragen (und auch für die Frage nach kürzeren Ausbildungsberufen^{b)} (vgl. Abb. 3)) in der gleichen Teilgruppe:

Information über schlechte Bildung In den Medien wurde berichtet, dass die Flüchtlinge eher schlecht gebildet sind, da laut einer Studie 65% der Schülerinnen und Schüler in Syrien nicht das Basisniveau an schulischen Kompetenzen erreichen.

Information über gute Bildung In den Medien wurde berichtet, dass die Flüchtlinge eher gut gebildet sind, da laut einer Studie 43% der Flüchtlinge aus Syrien eine Universität besucht haben.

Information schlechte und gute Bildung In den Medien wurde berichtet, dass die Flüchtlinge eher schlecht gebildet sind, da laut einer Studie 65% der Schülerinnen und Schüler in Syrien nicht das Basisniveau an schulischen Kompetenzen erreichen. In den Medien wurde auch berichtet, dass die Flüchtlinge eher gut gebildet sind, da laut einer Studie 43% der Flüchtlinge aus Syrien eine Universität besucht haben.

^{a)} Diese Frage wurde allen Befragten ohne weitere Hinweise oder Informationen gestellt. Da sie im Verlauf der Befragung direkt nach Frage 1 und 2 und der Frage nach kürzeren Ausbildungsberufen (vgl. Abb. 3) gestellt wurde, werden die Ergebnisse für die oben genannten vier Teilgruppen präsentiert.

^{b)} Da sich das Antwortverhalten in den vier Teilgruppen bei dieser Frage nicht signifikant voneinander unterscheidet, werden in Abbildung 3 nur die Ergebnisse der Version »ohne Information« dargestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

derklassen, könnte darauf hindeuten, dass sich viele Befragte flexible Lösungsansätze durch eine Mischung aus beiden Ansätzen wünschen.

Die Finanzierung des Lehrpersonals ist in Deutschland Sache der Bundesländer. Ein Reformvorschlag sieht vor, dass sich der Bund an der Finanzierung von Unterstützungspersonal wie SozialarbeiterInnen, SprachlehrerInnen und PsychologInnen beteiligen könnte, um damit die Integration der Flüchtlingskinder in den Schulen zu unterstützen. Die Bevölkerung ist einem solchen Vorschlag gegenüber sehr aufgeschlossen: Im ifo Bildungsbarometer sprechen sich 61% der Befragten dafür aus, dass der Bund den Schulen mehr Geld zur Verfügung stellt, um SozialarbeiterInnen, SprachlehrerInnen und PsychologInnen für die Betreuung der Flüchtlinge zu bezahlen (vgl. Abb. 4).

Insgesamt unterstützt die deutsche Bevölkerung also zahlreiche zusätzliche Bildungsmaßnahmen zur Integration der Flüchtlingskinder. Die Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder, die gleichmäßige Verteilung der Flüchtlingskinder auf alle Schulen und zusätzliche bundesfinanziert soziale Arbeitskräfte in den Schulen werden jeweils von einer absoluten Mehrheit der Befragten befürwortet. Lediglich bei der Frage des Unterrichts von Flüchtlingskindern in existierenden Klassen oder in getrennten Förderklassen ergibt sich kein eindeutiges Bild.

Die Rolle der Berichterstattung in den Medien

Bei der Information der Bevölkerung über Entwicklungen der Flüchtlingssituation spielen die Medien eine tragende Rolle. Gleichzeitig ist nur wenig über die in Deutschland angekommenen Flüchtlinge bekannt. Belastbare Daten oder wissenschaftliche Studien sind oft nicht vorhanden. So wurden etwa in den Medien widersprüchliche Informationen zum Bildungsstand der Flüchtlinge berichtet: einerseits, dass die Flüchtlinge eher schlecht gebildet seien, da laut einer Studie 65% der SchülerInnen in Syrien nicht das Basisniveau an schulischen Kompetenzen erreichen (vgl. Wößmann 2015). Andererseits wurde über eine Studie berichtet, nach der die Flüchtlinge eher gut gebildet seien, da 43% der syrischen Flüchtlinge eine Universität besucht haben (vgl. UNHCR 2015).³

³ Beide Informationen können durchaus korrekt sein. Die unterschiedlichen Ergebnisse können von Unterschieden der jeweiligen Erhebung herrühren, beispielsweise vom konkreten Bildungsmaß (Kompetenzniveaus in Mathematik und Naturwissenschaft vs. Besuch einer Universität, wobei ein Abschluss der Universität und eine Vergleichbarkeit mit deutschen Universitäten nicht erhoben wurde), von der Erhebungsmethode (in internationalen Tests gemessene Kompetenzen vs. Selbstausskunft des Bildungsbesuchs), von der jeweils untersuchten Grundstichprobe (SchülerInnen in Syrien vor Ausbruch des Bürgerkrieges vs. an der türkisch-griechischen Grenze befragte syrische Flüchtlinge) oder von der Repräsentativität (die Schülerstichprobe stellte durch eine Zufallsstichprobe Repräsentativität für die syrische Schülerschaft sicher, die Flüchtlingsstichprobe war nicht repräsentativ).

Um die Auswirkungen dieser widersprüchlichen Medienberichte auf die öffentliche Meinung zu untersuchen, wurden die Befragten bei der Beantwortung von drei Fragen zufällig in vier Teilgruppen eingeteilt.⁴ Während die erste Teilgruppe die Fragen nach der Verringerung des Fachkräftemangels (vgl. Abb. 2), den Bildungsausgaben pro Flüchtling und dem Ausbau des Angebotes von kürzeren Ausbildungsberufen (vgl. Abb. 3) ohne weitere Informationen beantwortet hat, erhielten die anderen Teilgruppen direkt vor der Beantwortung dieser Fragen verschiedene Informationen zum Bildungsstand der Flüchtlinge. Die zweite Teilgruppe wurde darüber informiert, dass in den Medien berichtet wurde, dass die Flüchtlinge eher schlecht gebildet sind, da laut einer Studie 65% der SchülerInnen in Syrien nicht einmal ein Basisniveau an schulischen Kompetenzen erreichen. Die dritte Teilgruppe wurde darüber informiert, dass in den Medien berichtet wurde, dass die Flüchtlinge eher gut gebildet sind, da laut einer Studie 43% der Flüchtlinge aus Syrien eine Universität besucht haben. Die vierte Teilgruppe wurde über beide Berichterstattungen der Medien informiert.⁵

Die Informationen über die Medienberichterstattung zum Bildungsstand der Flüchtlinge verändern das Meinungsbild der Befragten zum Teil deutlich. Die Zustimmung zur Aussage, dass Flüchtlinge bei der Verringerung des Fachkräftemangels helfen können, ist in der dritten Teilgruppe mit Hinweis auf einen guten Bildungsstand mit 42% signifikant höher und die Ablehnung mit 45% signifikant geringer als in der Teilgruppe ohne Information (33% Zustimmung, 53% Ablehnung; vgl. Abb. 5). Der Hinweis auf einen schlechten Bildungsstand in der zweiten Teilgruppe hat keine signifikante Auswirkung auf das Meinungsbild (konsistent mit der bei den meisten Befragten eher geringen Einschätzung des Bildungsstandes der Flüchtlinge). Die vierte Teilgruppe, die über widersprüchliche Medienberichte informiert wurde, ist tendenziell optimistischer als die uninformierte Teilgruppe: 38% stimmen der Aussage zu, 48% stimmen nicht zu (Unterschied zur uninformierten Teilgruppe statistisch marginal signifikant, zur zweiten Teilgruppe hoch signifikant).

Auch die Meinungen zu den Bildungsausgaben für Flüchtlinge hängen von den Informationen zum Bildungsstand ab. Unter den Befragten, die über Medienberichte zu einem schlechten Bildungsstand der Flüchtlinge informiert wurden, ist die Befürwortung zu einer Erhöhung der Bildungsausgaben pro Flüchtling mit 30% um 5 Prozentpunkte signifikant höher als in der Teilgruppe ohne Information (vgl. Abb. 5). Gleichzeitig ist der Anteil derjenigen, die sich für ein Sinken der Bildungsausgaben für Flüchtlinge aussprechen, in der

dritten Teilgruppe mit Hinweis auf einen guten Bildungsstand mit 21% signifikant niedriger als in der Teilgruppe ohne Information. Das Meinungsbild in der Teilgruppe mit Hinweis auf Medienberichte zu guter und schlechter Bildung der Flüchtlinge unterscheidet sich dagegen nicht in signifikanter Weise von der Teilgruppe ohne Information.

Auf die öffentliche Meinung zum Ausbau des Angebotes von kürzeren Ausbildungsberufen, um die Ausbildungsaussichten und den Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge zu verbessern, haben die bereitgestellten Informationen jedoch keine Auswirkungen. In allen Teilgruppen unterscheidet sich das Antwortverhalten nicht signifikant von der ersten Teilgruppe ohne Information (vgl. Abb. 3).

Abschließend wurden die Befragten gebeten anzugeben, für wie glaubwürdig sie Medienberichte über Flüchtlinge halten. Die Einschätzung fällt sehr gemischt aus: Fast die Hälfte der Befragten (48%) in der Teilgruppe ohne Information hält die Medienberichte über Flüchtlinge für (sehr oder eher) unglaubwürdig, nur 34% halten sie für (sehr oder eher) glaubwürdig. Mit 39% fällt dieser Anteil unter den Befragten in der zweiten Teilgruppe, die in den drei vorhergehenden Fragen auf den schlechten Bildungsstand der Flüchtlinge hingewiesen wurden, etwas höher aus. Von den Befragten der vierten Teilgruppe, die auf widersprüchliche Medienberichte zum Bildungsstand der Flüchtlinge hingewiesen wurden, halten hingegen nur 29% die Medienberichte für (sehr oder eher) glaubwürdig.⁶ Die dritte Teilgruppe mit Hinweis auf guten Bildungsstand schließlich unterscheidet sich nicht signifikant von der uninformierten Teilgruppe, allerdings hält unter ihnen eine absolute Mehrheit von 52% die Medienberichte über Flüchtlinge für (sehr oder eher) unglaubwürdig.

Insgesamt legen die Ergebnisse nahe, dass die mediale Berichterstattung einen wichtigen Einfluss auf die öffentliche Meinung zu Bildungsmaßnahmen für die Integration von Flüchtlingen haben kann. Dabei scheinen Medienberichte, die nicht der eigenen Einschätzung entsprechen, sowie Medienberichte über widersprüchliche Studienergebnisse die Einschätzung der Glaubwürdigkeit der Medien zum Thema Flüchtlinge zu verringern.

Unterschiede in den Meinungen von Lehrkräften und Gesamtbevölkerung

Im ifo Bildungsbarometer 2016 haben wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Frage gelegt, inwieweit sich die bildungspolitischen Meinungen von Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen von jenen der Gesamtbevölkerung unterscheiden (vgl. Wößmann et al. 2016). Lehrkräfte sind für

⁴ Da diese Fragen am Ende der Befragung gestellt wurden, kann ausgeschlossen werden, dass die bereitgestellten Informationen die Beantwortung der restlichen Fragen beeinflusst haben.

⁵ Es ist wichtig zu betonen, dass die Befragten in keiner Teilgruppe falsch informiert wurden, da in den Medien über beide Studien ausführlich und unabhängig voneinander berichtet wurde.

⁶ Die Anteile der zweiten und vierten Teilgruppe unterscheiden sich jeweils statistisch marginal signifikant von der uninformierten Teilgruppe, die Unterschiede der zweiten von der dritten und vierten Teilgruppe sind statistisch hoch signifikant.

die Bildungspolitik von besonderer Bedeutung, da sie einerseits Experten im Bildungsbereich sind, andererseits aber auch ein eigenes Interesse an ihrem Berufsstand haben. Um die bildungspolitischen Meinungen der Lehrkräfte repräsentativ abbilden zu können, wurde die Gruppe der aktiven LehrerInnen an allgemeinbildenden Schulen in der Befragung auf 713 erhöht (vgl. Wößmann et al. 2016 für Details zur Stichprobenziehung).

In der Einschätzung, dass der Bildungsstand der Flüchtlinge eher niedrig ist, unterscheiden sich die Lehrkräfte nicht signifikant von der Gesamtbevölkerung. Dies ist allerdings die einzige Frage, bei der es keine signifikanten Unterschiede zwischen der Meinung der Lehrkräfte und der Gesamtbevölkerung gibt.

Insgesamt zeigt sich, dass Lehrkräfte vielen Bildungsreformen zur Integration von Flüchtlingen noch deutlich positiver gegenüberstehen als die Gesamtbevölkerung. So sprechen sich 82% der LehrerInnen für eine Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder ab drei Jahren aus, in der Gesamtbevölkerung sind es 56% (vgl. Abb. 4). Ähnlich große Unterschiede finden sich in der Zustimmung zur gleichmäßigen regionalen Verteilung von Flüchtlingsfamilien (96% vs. 81%), zu Mittelserhöhungen für Schulpersonal für die Betreuung der Flüchtlinge (90% vs. 61%), zu Recht und Pflicht auf Sprachkurse (94% vs. 75%), zur staatlichen Übernahme von Ausbildungskosten von Betrieben, die Flüchtlinge ausbilden (66% vs. 45%) und zu höheren Bildungsausgaben pro Flüchtling (40% vs. 25%).

Mit 83% spricht sich auch ein größerer Anteil der LehrerInnen als der Gesamtbevölkerung (72%) für eine schnelle Integration von Flüchtlingskindern im Grundschulalter in existierende Schulklassen aus. Die Zustimmung zu getrenntem Unterricht der GrundschülerInnen unterscheidet sich hingegen nicht signifikant zwischen Lehrkräften und Gesamtbevölkerung. Bei den Flüchtlingskindern an weiterführenden Schulen spricht sich im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung (48%) die Mehrheit der Lehrkräfte (66%) für zunächst längere Zeit getrennten Unterricht in speziellen Förderklassen aus. Kein Unterschied findet sich hingegen in der Zustimmung zur schnellen Integration in existierende Schulklassen für Kinder dieser Altersgruppe.

Auch in folgenden Themenbereichen liegt die Zustimmung unter den Lehrkräften höher als in der Gesamtbevölkerung, wobei die Unterschiede kleiner ausfallen: Schulpflicht bis 21 Jahre (66% vs. 58%), zweijähriges Bleiberecht nach Abschluss einer Ausbildung (58% vs. 50%), Ausbau verkürzter Ausbildungsberufe (50% vs. 38%) und die Einschätzungen zur Hilfe beim Fachkräftemangel (45% vs. 33%) und zur Glaubwürdigkeit der Medienberichte zu Flüchtlingen (41% vs. 33%).

Insgesamt zeigt der Vergleich von Lehrkräften und Gesamtbevölkerung, dass die Zustimmung unter LehrerInnen zu fast jeder vorgeschlagenen Bildungsreform zur Integration der Flüchtlinge höher ist. Da es in erster Linie die Lehrkräfte sind, die mit Flüchtlingen im Bildungsbereich arbeiten und die somit entscheidend für eine erfolgreiche Integration sind, ist die hohe Reformbereitschaft in dieser Gruppe ein wichtiger Befund. Der vorliegende Beitrag kann nicht beantworten, warum sich die Lehrkräfte in ihren Einschätzungen unterscheiden. Allerdings sind die Unterschiede zwischen Lehrkräften und Gesamtbevölkerung generell nicht auf soziodemographische Unterschiede zwischen den beiden Gruppen zurückzuführen. Kontrolliert man beim Vergleich von Lehrkräften und Gesamtbevölkerung für Alter, Geschlecht und den höchsten Bildungsabschluss der Befragten, bleiben die berichteten statistisch signifikanten Unterschiede generell bestehen.⁷

Zusammenfassung

Der Zuzug einer großen Zahl von Flüchtlingen stellt Deutschland derzeit vor vielfältige Herausforderungen. Die Befragung der deutschen Bevölkerung zeigt, dass zusätzliche Bildungsmaßnahmen für die Integration der Flüchtlinge in Bereichen wie Kindergarten- und Schulpflicht, verpflichtende Sprachkurse, schnellere Integration in den Regelunterricht, zusätzliche soziale Arbeitskräfte in Schulen und Ausweitung des Bleiberechts für Flüchtlinge nach Ausbildungsabschluss mehrheitlich begrüßt werden. In anderen Bereichen wie dem Ausbau verkürzter Ausbildungsberufe und der staatlichen Übernahme von Ausbildungskosten der Betriebe ist die Meinung hingegen eher gespalten. Zudem wünschen sich die Befragten ein stabiles Niveau der Bildungsausgaben pro Flüchtling und eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlingskinder auf alle Schulen. Den Bildungsstand der Flüchtlinge und die Wahrscheinlichkeit, dass sie den Fachkräftemangel in Deutschland verringern können, schätzen die Befragten als eher gering ein. Während Lehrkräfte den Bildungsstand der Flüchtlinge ähnlich gering einschätzen, stehen sie vielen Reformvorschlägen zur Bildungsintegration von Flüchtlingen noch deutlich positiver gegenüber als die Gesamtbevölkerung.

Die Bereitstellung von Informationen über die Berichterstattung in den Medien kann das Meinungsbild der Befragten zum Teil signifikant verändern. So erhöht der Hinweis auf Medienberichte, die zeigen, dass die Flüchtlinge eher gut gebildet sind, den Anteil der Befragten, die glauben, dass die Flüchtlinge den Fachkräftemangel in Deutschland ver-

⁷ Zwei Ausnahmen sind die Zustimmung zum Ausbau verkürzter Ausbildungsberufe für Flüchtlinge und die Einschätzung, dass Flüchtlinge dabei helfen, den Fachkräftemangel der deutschen Wirtschaft zu verringern. In diesen beiden Fällen wird der Meinungsunterschied zwischen den beiden Gruppen statistisch insignifikant, wenn man für soziodemographische Eigenschaften kontrolliert.

ringern werden. Der Hinweis auf Medienberichte über schlechte Bildung der Flüchtlinge erhöht hingegen den Anteil der Befragten, die sich mehr staatliche Bildungsausgaben je Flüchtling wünschen. Erhalten Befragte die gegenläufigen Hinweise gemeinsam, sinkt die Einschätzung der Glaubwürdigkeit von Medienberichten zu Flüchtlingen.

An anderer Stelle haben bereitgestellte Informationen jedoch keine signifikante Auswirkung auf das Meinungsbild der Bevölkerung. Zum Beispiel hat der Hinweis auf Forschung zur Bedeutung des Kontaktes mit muttersprachlichen Kindern für das Erlernen der Sprache keinen Einfluss auf die Zustimmung zur Einführung einer Kindergartenpflicht. Auch verändert der Hinweis, dass manche Betriebe aufgrund der höheren Risiken zögern könnten Flüchtlinge auszubilden, nicht die Zustimmung zu einer staatlichen Förderung von Ausbildungsplätzen für Flüchtlinge. Ebenso haben Hinweise auf Medienberichte zum Bildungsstand der Flüchtlinge keinen Einfluss auf die Zustimmung zu einem Ausbau verkürzter Ausbildungsberufe.

Die hier vorgestellten Ergebnisse geben einen wichtigen ersten Eindruck vom Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zu Fragen der Bildungsintegration von Flüchtlingen. In weiteren Analysen mit den Daten des ifo Bildungsbarometers 2016 wird es zudem möglich sein zu untersuchen, wie die Einschätzung des Bildungsstandes der Flüchtlinge mit der Zustimmung zu bildungspolitischen Maßnahmen zusammenhängt, wie sich bereitgestellte Informationen für einzelne Bevölkerungsgruppen auswirken und wie sich das Meinungsbild je nach Mediennutzungsverhalten unterscheidet. Damit ergibt sich ein spannender Einblick in das Zusammenspiel zwischen Information und Meinung zu einem kontrovers diskutierten Thema der deutschen Integrationspolitik.

Literatur

Aktionsrat Bildung (2016), *Integration durch Bildung. Migranten und Flüchtlinge in Deutschland*, Waxmann Verlag, Münster.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016), *Das Bundesamt in Zahlen 2015 – Modul Asyl*, BAMF, Nürnberg.

Bundesministerium des Innern (2016a), *2015: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor*, Pressemitteilung, 6. Januar, verfügbar unter <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html>, aufgerufen am 10. August 2016.

Bundesministerium des Innern (2016b), *Monat Juli 2016: 74.454 Asylanträge, 16.160 EASY-Registrierungen*, Pressemitteilung, 8. August, verfügbar unter <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/08/asylantraege-juli-2016.html>, aufgerufen am 10. August 2016.

Bundesregierung (2016), *Integrationsgesetz setzt auf Fördern und Fordern*, 8. August 2016, verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/08/2016-08-05-integrationsgesetz.html>, aufgerufen am 10. August 2016.

Chiswick, B.R. und P.W. Miller (2015), »International Migration and the Economics of Language«, in: B.R. Chiswick und P.W. Miller (Hrsg.), *Handbook of the Economics of International Migration*, Vol. 1, North-Holland, Amsterdam, 211–269.

Dustmann, Chr. und A. Glitz (2011), »Migration and Education«, in: E.A. Hanushek, St. Machin und L. Wößmann (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. 4, North-Holland, Amsterdam, 327–439.

Jensen, P. (2015), »Immigrants in the classroom and effects on native children – Having immigrant children in the classroom may sometimes, but not always, harm educational outcomes of native children«, *IZA World of Labor* 2015, 194.

Ruberg, T. (2013), »Problembereiche im kindlichen Zweitspracherwerb«, *Sprache – Stimme – Gehör* 37, 181–185.

Ruhose, J. (2013), »Bildungsleistungen von Migranten und deren Determinanten – Teil II: Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich«, *ifo Schnelldienst* 66(10), 24–38.

UNHCR (2015), *Syrian refugee arrivals in Greece: Preliminary questionnaire findings*, UNHCR, Genf.

Wößmann, L. (2015), »Zwei Drittel können kaum lesen und schreiben«, *Die Zeit*, Nr. 47, 81.

Wößmann, L. (2016), »Bildung als Schlüssel zur Integration: Nur eine realistische Flüchtlingspolitik wird Erfolg haben«, *ifo Schnelldienst* 69(1), 21–24.

Wößmann, L., P. Lergepöcher, F. Kugler und K. Werner (2016), »Denken Lehrkräfte anders über die Bildungspolitik als die Gesamtbevölkerung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2016«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 19–34.